

## Hansestadt Osterburg (Altmark)



TYP: Beschlussvorlage  
Status: öffentlich  
Nummer: III/2023/494

Datum: 03.07.2023  
Aktenzeichen:  
Einreicher: Bürgermeister  
Federführendes Amt: Amt für Verwaltungssteuerung und Demografie

Gremium	Termin	Genehmigung	Stimmverh.	J	N	E
Stadtrat	25.07.2023					

### Betreff

Beschluss über die Erweiterung des Stellenplans

### Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Stellenplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) im Bereich der Kernverwaltung um zwei Stellen zu erweitern.

Der Stellenanteil soll 85 Prozent einer Vollzeitstelle betragen und mit der Entgeltgruppe 7 bewertet werden.

Die zweite Stelle ist eine Vollzeitstelle, mit der Entgeltgruppe 9 bewertet und wird mit einem kw-Vermerk versehen.

.....  
Bürgermeister

### Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Gemäß § 76 KVG LSA bestimmen die Kommunen im Stellenplan die Anzahl der Stellen ihrer Beamten sowie ihrer nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer, die zur Erfüllung der Aufgaben im Haushaltsjahr erforderlich sind.

Der Stellenplan weist für das Jahr 2023 im Bereich der Kernverwaltung nur einen geringen Anteil an freien Stellen aus, begründet durch einzelvertraglich verringerte Arbeitszeiten.

Es sind aber zwei Stellen durch Langzeiterkrankungen unbesetzt. Eine dieser Stellen befindet sich im Meldeamt und eine Stelle im Amt für Verwaltungssteuerung und Demografie.

Diese Stellen können nicht unbefristet neu besetzt werden, da dies zu einem Stellenaufwuchs führen würde, sobald die Beschäftigten genesen sind und ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Um die anfallen Arbeitsaufgaben ordnungsgemäß erledigen zu können ist geplant, eine Stelle extern auszuschreiben.

Erfahrungen zeigen, dass neues Personal nur für unbefristete Stellen gewonnen werden kann.

Somit ist eine Erweiterung des Stellenplanen im laufenden Haushalt 2023 um eine Stelle erforderlich.

In den nächsten Jahren kann der Stellenplan im Bereich der Kernverwaltung wieder reduziert werden, da ab dem Jahr 2025 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden werden.

**Empfehlung der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen.

**finanzielle Auswirkung:**

Die Erweiterung des Stellenplanes und die damit verbundene Neueinstellung führt in diesem Jahr nicht zu Mehrkosten, da aufgrund der Langzeiterkrankungen Personalkosten gespart werden.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Amtsleiter

\_\_\_\_\_  
Mitzeichnung Kämmerer